



PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON  
UNDOCUMENTED MIGRANTS

## PICUM QUARTALSRUNDBRIEF Oktober – Dezember 2013

[GRENZEN](#)

[VEREINTE NATIONEN](#)

[EUROPAPOLITIK](#)

[NATIONALE ENTWICKLUNGEN](#)

[GESUNDHEITSWESEN](#)

[ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN](#)

[UNDOKUMENTIERTE FRAUEN](#)

[UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN](#)

[ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG](#)

[VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN](#)

### GRENZEN

#### **BELGIEN / Klage dreier Überlebender einer Bootstragödie gegen die belgische Armee**

Drei Überlebende eines Bootsunglücks im Jahr 2011, bei dem 63 Migrant/inn/en im Mittelmeer umkamen, haben am 26. November 2013 beim Erstinstanzgericht in Brüssel Anklage wegen mangelnder Hilfeleistung erhoben. In einem von Libyen kommenden kleinen Boot versuchten im Jahr 2011 insgesamt 72 Menschen, Europa zu erreichen, verloren aber die Kontrolle über das Boot. Ihre Hilferufe wurden registriert, ihnen wurde aber nicht geholfen, obwohl sie von Marineschiffen und Hubschraubern mehrerer Staaten gesichtet wurden. Die Klage wurde mit Hilfe einer Koalition von NGOs erstellt; ähnliche Initiativen sind in anderen Ländern im Gang. Die parlamentarische Versammlung des Europarats veröffentlichte am 29. März 2012 einen Bericht über den Fall.

[Lives lost in the Mediterranean Sea: Who is responsible](#) (*Todesopfer im Mittelmeer: Wer ist verantwortlich*)

Quelle: [Agence France Presse](#), 26. November 2013

#### **BULGARIEN / Regierung verschärft Politik gegenüber irregulären Migrant/inn/en**

Tzvetlin Yovchev, bulgarischer stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister, stellte einen Plan für eine härtere Politik gegenüber irregulären Migrant/inn/en vor. Die geplanten Maßnahmen beinhalten bedeutend kürzere Zeiträume für die Abschiebung irregulärer Migrant/inn/en, verstärkte Sicherheitsmaßnahmen an der bulgarisch-türkischen Grenze durch mehr Polizist/inn/en, den Bau eines 30-km-Zauns und die Errichtung geschlossener Einrichtungen. Weiterhin werden Polizeirazzien an von Flüchtlingen und Migrant/inn/en häufig frequentierten Orten durchgeführt. Das Ziel der Regierung ist es, die Anzahl von irregulär einreisenden Menschen zu dritteln und gleichzeitig dreimal mehr Menschen aus Bulgarien abzuschieben.

Menschenrechtsaktivist/inn/en befürchten, dass die neuen Maßnahmen zu polizeilichen Schikanen und sozialer Ausgrenzung aller Migrant/inn/en führen werden.

Quelle: [Capital](#), 4. November 2013; [Press release of the Ministry of Interior in English](#), 4. November 2013; [Dnevnik](#), 3. November 2013

#### **GRIECHENLAND / Allianz der Länder an den europäischen Südgrenzen**

Mit Blick auf die EU-Präsidentschaft Griechenlands in der ersten Jahreshälfte 2014 begann der griechische Premierminister Antonis Samaras mit seinen Kollegen in Italien und Malta Diskussionen über ein gemeinsames Vorgehen gegen irreguläre Migration. Die drei Premierminister forderten eine konkretere europäische Strategie bezüglich irregulärer Migration.

Antonis Samaras betonte, dass im derzeitigen Stadium die Stärkung von Frontex und die Rückführung irregulärer Migrant/inn/en die Schlüsselemente sind.

Quelle: [Kathimerini](#), 22. Oktober 2013; [News.in](#), 21. Oktober 2013

## VEREINTE NATIONEN

### UNHCR / Informationsblatt über Menschenhandel

Im Rahmen einer Reihe von Informationspapieren zu Menschenrechtsfragen veröffentlichte das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR) [einen Einseiter über Menschenhandel](#). Das Papier liefert Daten über Formen von Menschenhandel und Opfergruppen und skizziert die Menschenrechtsverträge und Entscheidungen hinsichtlich der Verhinderung von und dem Kampf gegen Menschenhandel.

Quelle: [Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights](#), November 2013

### UN / Kinder, deren Rechte verletzt wurden, können beim UNO-Kinderrechtskomitee Beschwerde einlegen

Kinder oder ihre Vertreter werden zukünftig beim UNO-Kinderrechtskomitee Beschwerde einlegen können. Das Komitee entscheidet dann, ob ein Fall untersucht wird. Im Fall einer Rechtsverletzung, empfiehlt das Komitee dem betreffenden Staat, dem Fall nachzugehen. Am 14. Januar 2014 hat Costa Rica als zehnter Staat das [Fakultativprotokoll](#) der UN Kinderrechtskonvention (CRC) durch ein Mitteilungsverfahren ratifiziert. Das bedeutet, dass es drei Monate später in Kraft tritt. Portugal und Montenegro ratifizierten am 24. September 2013 als siebter und achter Staat das Fakultativprotokoll. Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs (SRSG) für Gewalt gegen Kinder hat unter dem Titel ‚Raising Understanding among Children and Young People on the Optional Protocol on a Communications Procedure‘ (*Erklärung für Kindern und Jugendliche zum Fakultativprotokoll durch ein Mitteilungsverfahren*) einen kinderfreundlichen Führer über CRC-Beschwerdeverfahren erstellt. Der [Führer](#) soll das Bewusstsein der Kinder für ihre Rechte stärken und sie ermutigen, sich zu äußern und Unterstützung zu suchen.

## EUROPAPOLITIK

### EU / Europäisches Grenzüberwachungssystem (EUROSUR) in geht in Betrieb

Das europäische Grenzüberwachungssystem (EUROSUR) wurde am 2. Dezember 2013 in Betrieb genommen. Es soll die Anzahl der unbemerkt in die EU einreisenden irregulären Migrant/inn/en reduzieren und den Mitgliedsstaaten helfen, schneller auf Ereignisse mit irregulären Migrant/inn/en und auf grenzüberschreitende Kriminalität zu reagieren (s. [PICUM Bulletin 31. Oktober 2013](#)). Seine Hauptpfeiler sind die ‚*nationale Koordinationszentren*‘, in denen alle für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden ihre Aktivitäten koordinieren müssen. EUROSUR wird in insgesamt 30 Ländern arbeiten. Kritiker/innen beschreiben diese Maßnahme als extrem teuer (144 Mrd. €), diskriminierend und einwanderungsfeindlich, und halten sie nur für gerechtfertigt, wenn dadurch die Zahl der Todesfälle von Migrant/inn/en beim Versuch der Einreise in die EU signifikant abnimmt.

Quelle: [European Commission press release](#), 29. November 2013; [PressTV](#), 13. Dezember 2013.

### RAT DER EUROPÄISCHEN UNION / Debatte über Migrationsfragen im Mittelmeerraum

Nach der Sitzung des Rates der Europäischen Union am 24. und 25. Oktober 2013 in Brüssel diskutierten die Minister am 18. November 2013 über Migrationsfragen. Sie sprachen sich für die Unterstützung der libyschen Regierung bezüglich Grenzsicherung und Menschenhandel aus. Durch die EU Border Assistance Mission (EUBAM Libya) will die EU zum Kapazitätsaufbau bei den libyschen Grenzbehörden beitragen. Gleichzeitig einigte sich die EU auf eine Mobilitätspartnerschaft mit Tunesien, die bald unterzeichnet werden soll. Die Mobilitätspartnerschaft sieht die Kooperation in Migrations- und Asylfragen vor, sowie dass die EU sich der Herausforderung der Todesfälle von Migrant/inn/en auf hoher See annehmen wird.

Quellen: [European Commission press release](#), 18. November 2013; [ANSA](#), 18. November 2013.

### EUROPARAT / „The Right to leave a country“ („Das Recht, ein Land zu verlassen“) – neuer Beitrag des Menschenrechtskommissars

Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muiznieks, veröffentlichte am 5. November 2013 ein Themenpapier über das Recht, ein Land zu verlassen, auch des eigenen, das Art. 2 des Protokolls 4 des Europarats über die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert. Das Papier streicht die Hindernisse bei der Ausübung dieses Rechts heraus, wie etwa die restriktive Migrations- und Grenzkontrollpolitik oder Reiseverbote, die die Mitgliedsstaaten der EU verhängen. Das Papier schließt mit der Empfehlung an die

Staaten sicherzustellen, dass ihre Gesetze, Politiken und Praktiken in Bezug auf Migrations- und Grenzkontrollen mit dem Recht auf das Verlassen eines Landes und dem Rahmen der internationalen Menschenrechte vereinbar sind. Das Themenpapier steht [hier](#) zur Verfügung (in englischer Sprache).

Quelle: [Council of Europe, Press Release](#), 6. November 2013; [European Voice](#), 7. November 2013.

### **NIEDERLANDE / Der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte fordert die niederländische Regierung auf, alle möglichen „Sofortmaßnahmen“ zur Sicherung der Grundrechte irregulärer Migrant/inn/en zu ergreifen**

Nach einer von der Konferenz der Europäischen Kirchen unterbreiteten Forderung nach „Sofortmaßnahmen“, die sicherstellen sollen, dass irreguläre Migrant/inn/en in den Niederlanden Zugang zu Unterkunft, Nahrung und Kleidung haben, sowie um „ihre Menschenwürde zu wahren und weiteren Schaden zu verhindern“, forderte der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte am 25. Oktober 2013 die Niederlande auf, „alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, ernsthafte, nicht wieder gut zumachende Verletzungen der Integrität von Personen in unmittelbarer Gefahr der Mittellosigkeit“ zu verhindern und sicherzustellen, dass ihre Grundbedürfnisse (Unterkunft, Kleidung und Nahrung) gedeckt werden. Anfänglich hatte die Konferenz der Europäischen Kirchen die Annullierung des holländischen „Koppelungsgesetzes“ empfohlen, das irreguläre Migrant/inn/en vom Zugang zu sozialen Diensten ausschließt. Die Entscheidung des Ausschusses steht [hier](#) zur Verfügung.

## **NATIONALE ENTWICKLUNGEN**

### **FRANKREICH / Regierung der Nichteinhaltung von Wahlversprechen der Änderungen in Schubhaft- und Abschiebungspolitik beschuldigt**

Der französische Präsident Hollande hatte während seines Wahlkampfes umfassende Änderungen in der Einwanderungspolitik versprochen, durch die Schubhaft und Abschiebung zu „Ausnahmen“ anstatt zur Regel werden sollten. Jedoch berichten Organisationen mit Zugang zu französischen Schubhaftzentren, dass die Lage nur für Migrantenfamilien verbessert wurde, nicht aber für alle Migrant/inn/en, die immer noch in großer Zahl inhaftiert sind. Wenn es eine Abnahme bei der Gesamtzahl der Inhaftierungen gegeben habe (23.500 im Jahr 2012 gegenüber 27.000 im Jahr 2011), so die Organisationen, liege dies nur an der Aufhebung des „garde-à-voir“-Systems (Untersuchungshaft) infolge einer Entscheidung des [Europäischen Gerichtshofes](#) (EuGH). Die Linksregierung wurde ebenfalls dafür kritisiert, dass sie die Situation bei Abschiebungen verschlimmert anstatt verbessert habe. Die Gesamtzahl der aus Kontinentalfrankreich Abgeschobenen stieg im Jahr 2012 um 12%, wobei 60% von ihnen vor der Abschiebung keinen Zugang zu einer Rechtsbehörde hatten.

Quelle: [Faim Développement magazine](#), 20 Dezember 2013

### **ITALIEN / Debatte über die Reform des Einwanderungsgesetzes und Aufhebung der Kriminalisierung irregulärer Migration**

Als Folge der Tragödie von Lampedusa am 3. Oktober 2013, bei der mehr als 360 Menschen im Meer umkamen, eröffnete die italienische Regierung erneut die politische Debatte um das „Bossi-Fini“-Gesetz. Das italienische Gesetz kriminalisiert irreguläre Migration und veranlasste daher die italienischen Behörden, gegen die Überlebenden der Tragödie Strafverfahren einzuleiten. Aufgrund eines Vorschlags zweier Mitglieder der Fünf-Sterne-Bewegung - der von Beppe Grillo geführten politischen Partei - stimmte die Justizkommission des Senats einer Novelle zu, die das Verbrechen irreguläre Migration aufheben würde, allerdings ohne umfassende Reform des italienischen Einwanderungsgesetzes. Die Novelle bedarf noch der Zustimmung des Senats und der Abgeordnetenkammer, da eine politische Einigung noch gefunden werden muss. Die italienische Integrationsministerin Cécile Kyenge forderte das Parlament dringend auf, die Entkriminalisierung irregulärer Migration zu unterstützen.

Quellen: [Corriere della Sera](#), 10. Oktober 2013; [Ansa](#), 21. Oktober 2013

### **MALTA / Staatsbürgerschaft für 650.000 €**

Das maltesische Parlament billigte am 12. November 2013 die neue Staatsbürgerschafts-Gesetzgebung, die es ermöglicht, für 650.000 € ohne Aufenthalts- oder Investitionsvorgaben eine maltesische Staatsbürgerschaft zu kaufen. Laut Premierminister Joseph Muscat ist das Ziel des Programms eine Erhöhung des Landeseinkommens und um „hochrangige“ Personen anzuziehen sowie um Investitionen sicherzustellen. Gleichzeitig forderte er die EU auf, etwas zu unternehmen, um Malta von der Belastung der großen Zahl von Migrant/inn/en zu befreien, und wurde wegen des Verkaufs von Staatsbürgerschaften an Reiche kritisiert.

Quellen: [Spiegel online](#), 13. November 2013; [Malta Independent](#), 9. November 2013

### **MAROKKO / König Mohammed VI. regularisiert irreguläre Migrant/inn/en in Marokko**

Mohammed VI., König von Marokko, hat entschieden, irreguläre Migrant/inn/en in Marokko zu regularisieren. Seine Entscheidung fiel nach der Veröffentlichung eines Berichts des Nationalen Menschenrechtsrates (CNDH) mit dem Titel „Étrangers et droits de l'homme au Maroc: pour une politique d'asile et d'immigration radicalement nouvelle“ ([Ausländer und Menschenrechte in Marokko: Für eine radikal neue Asyl- und Einwanderungspolitik](#)). Der Bericht schildert die Lage von Migrant/inn/en in Marokko und zeigt vier Hauptpunkte auf, die bei der aktuellen Politik beachtet werden sollten: 1. die Lage von Flüchtlingen und Asylsuchenden; 2. irreguläre Migrant/inn/en; 3. der Kampf gegen Menschenhandel; und 4. die Lage regulärer Migrant/inn/en. Mohammed VI. anerkennt die Notwendigkeit, die Lage der Migrant/inn/en im Land, von denen die meisten aus Ländern südlich der Sahara stammen, zu verbessern.

Quellen: [Yabiladi](#), 9. September 2013; [Toutsurlemaroc](#), 10. September 2013

### **RUSSLAND / Wöchentliche Durchsuchungen von Migrantenwohnungen**

Der Polizeichef von Moskau, Anatoly Yakunin, kündigte an, dass die Polizei bis zum Jahresende jeden Freitag Wohnungen, die angeblich von irregulären Migrant/inn/en bewohnt werden, durchsuchen wird. Er sagte, die Polizei werde eine massive Verbrechensverhinderungsoperation, mit dem Code-Namen „Signal am Freitag“ durchführen. Die Maßnahme wurde vorgeschlagen, nachdem tausende Einwohner/innen wegen des Todes des 25 Jahre alten russischen Staatsbürgers Yegor Shcherbakov, der am 10. Oktober 2013 angeblich von einem Migranten erstochen worden war, protestiert hatten.

Quelle: [The Moscow Times](#), 21. Oktober 2013

### **GROSSBRITANNIEN / Innenministerium veröffentlicht versehentlich persönliche Daten von irregulären Migrant/inn/en**

Persönliche Daten von rund 1.600 irregulären Migrant/inn/en im Abschiebeverfahren wurden versehentlich am 15.-18. November 2013 auf der Webseite des Innenministeriums veröffentlicht. In einer [schriftlichen Stellungnahme an das Parlament](#) teilte Einwanderungsminister Mark Harper mit, dass die Abteilung Schritte eingeleitet habe, um festzustellen, ob die Daten außerhalb des Innenministeriums gelesen oder angeklickt worden seien.

Quelle: [BBC](#), 12. Dezember 2013

## **GESUNDHEITSWESEN**

### **DÄNEMARK / Proteste gegen die Abschiebung von psychisch kranken Asylsuchenden**

Die Enthüllung, dass eine größere Anzahl von Asylsuchenden mit schwerwiegenden Gesundheitsproblemen abgeschoben wurde, zog eine öffentliche Debatte zur Rechtfertigung von Abschiebungen nach sich. Am 1. November 2013 gingen Protestierende in Kopenhagen auf die Straße und trugen dabei Schilder um ihren Hals „Ich bin psychisch krank, lasst mich in Dänemark bleiben“. Unter ihnen waren Ärzte/Ärztinnen und Anwälte/Anwältinnen, die tagtäglich Zeug/inn/en von Abschiebungen von Folter- und Gewaltopfern mit schweren psychischen Problemen sind. Die Verfügbarkeit von Medikamenten in ihren jeweiligen Heimatländern diene als Rechtfertigung für die Abschiebung. Die am Protesttag gehaltenen Reden wiesen auf die traumatischen Effekte hin, die durch die Rückkehr in die Ursprungsländer bei betroffenen Migrant/inn/en ausgelöst werden können.

Quelle: [Sameksistens](#), 2. November 2013

### **GROSSBRITANNIEN / Beschränkung des Zugangs zu medizinischer Versorgung für Migrant/inn/en**

Aufgrund der Ergebnisse einer öffentlichen Befragung am 3. Juli 2013 über den Zugang von Migrant/inn/en zu Gesundheitsdiensten, strebt das britische Innenministerium (UK Home Office) an, Gebühren einzuführen und anzuheben. Migrant/inn/en mit befristetem Aufenthalt sowie Migrant/inn/en aus nicht-EWR-Staaten müssen für Gesundheitsleistungen bezahlen. Darüber hinaus werden Asylsuchende, Menschen mit Flüchtlingsstatus oder mit humanitärem Schutz und von Menschenhandel Betroffene zusätzlich zu den regulären Gebühren dazu verpflichtet, eine Einwanderergebühr zu zahlen und die Erlaubnis, nach Großbritannien einzureisen oder dort zu bleiben, zu beantragen. 69% der Befragten in der Konsultation gaben jedoch an, dass der Zugang nicht von einem ständigen Aufenthaltstitel abhängig sein muss.

Quelle: [Migrants' Rights Network](#), 4. November 2013

## ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

### **IRLAND / Vorschlag über Beschäftigungsbedingungen für Angestellte ausländischer Diplomaten**

In Folge kürzlich aufgedeckter Ausbeutungsfälle von Hausangestellten in diplomatischen Haushalten in Irland stellte das Irische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine Liste von Bedingungen zusammen, die von Diplomaten befolgt werden müssen. Mit diesen Regeln könnte ein Diplomaten-Visum zurückgenommen werden, falls die Bedingungen nicht erfüllt werden. Es existiert kein spezielles Statut zur Regelung der Beschäftigung ihrer Angestellten. Die irischen Behörden prüfen derzeit mindestens sieben Fälle, in welchen ausländischen Diplomaten mutmaßlicher Menschenhandel sowie Vergehen im Zusammenhang mit Zwangsarbeit vorgeworfen werden.

Quelle: [Independent](#), 21. Oktober 2013

### **BERICHT / Ausbeutung von Wanderarbeitnehmer/innen in Finnland, Schweden, Estland und Litauen**

Das Europäische Institut zur Prävention und Kontrolle von Verbrechen, angegliedert an die Vereinten Nationen, (The European Institute for Crime Prevention and Control - HEUNI) veröffentlichte am 24. Oktober 2013 den Bericht ["Ausbeutung von Wanderarbeitnehmer/innen in Finnland, Schweden, Estland und Litauen: Aufdecken der Zusammenhänge zwischen Anwerbung, irregulärer Beschäftigung und Handel mit Arbeitskräften"](#). Die Publikation ist eine Zusammenfassung von vier unabhängigen Forschungsberichten, die im Rahmen des Gesamtkonzept [ADSTRINGO](#) in Auftrag gegeben wurden. Das ADSTRINGO-Projekt befasste sich mit der Bekämpfung von Menschenhandel im Zuge von Arbeitsausbeutung durch Stärkung von Partnerschaften, Verbesserung von Diagnosen und intensivierten organisatorischen Ansätzen. Der Bericht, eine Zusammenstellung von Anwerbungspraktiken sowohl im Herkunfts- wie im Zielland, stellt neue Informationen über Schwachstellen, Faktoren, Methoden und Kanäle zusammen, die die Ausbeutung vereinfachen.

Quelle: [Council of the Baltic Sea States](#), 24. Oktober 2013

### **BERICHT / Der erste Weltsklavereindex schätzt, dass fast 30 Millionen Menschen als Sklav/inn/en leben**

Die Walk Free Foundation veröffentlichte einen 'Weltsklavereindex' und schätzt, dass knapp 30 Millionen Menschen als Sklav/inn/en leben, viele von ihnen Migrant/inn/en und Opfer von Menschenhandel, Zwangsarbeit oder sexueller Ausbeutung. Der Bericht will die weltweite Tragweite und Natur des Problems und sein Fortdauern herausstellen. Er stellt eine weltweite Länderrangliste hinsichtlich moderner Sklaverei und eine tiefgreifende Analyse der nationalen Situation von moderner Sklaverei in den zehn am schlechtesten und am besten abschneidenden Ländern zur Verfügung. Die Analyse enthält Rückmeldungen der Regierungen und einen Abschnitt mit Empfehlungen zur Verbesserung der Situation. Regional betrachtet besteht in Westeuropa das niedrigste Versklavungsrisiko, und neun der zehn erfolgreichsten Länder befinden sich in Europa. In diesen Ländern existierende Formen von Sklaverei betreffen meist undokumentierte Migrant/inn/en, die als Hausangestellte oder in der Sexindustrie ausgebeutet werden. In Norwegen zum Beispiel waren alle identifizierten Opfer moderner Sklaverei ausländische Staatsbürger/innen. Der Bericht ist [hier](#) verfügbar.

Quelle: [Al Jazeera](#), 18. Oktober 2013

## UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

### **USA / Entwurf des Einwanderungsgesetzes thematisiert einige Bedürfnisse von undokumentierten Frauen**

Laut [Schätzungen](#), sind Migrantinnen im Vergleich zu Frauen, die in den USA geboren wurden, drei bis sechs Mal häufiger Opfer häuslicher Gewalt. Schätzungsweise 77 Prozent der Migrantinnen erleben häusliche Gewalt, wenn sie für einen legalen Einwanderungsstatus von ihrem Partner abhängig sind. Das vom Senat unterstützte Einwanderungsgesetz, das derzeit im US-Kongress diskutiert wird, enthält Maßnahmen für den besonderen Schutz von Migrantinnen. So sieht das Gesetz beispielsweise eine Verdoppelung der vergebenen U-Visa für jene, die mit der Strafverfolgung kooperieren und in den USA Opfer von Gewalt wurden, vor. Allerdings würden die angekündigten erheblichen Kürzungen der Vergabe von Visa zur Familienzusammenführung zusätzliche Hindernisse für Frauen, die mit Kindern oder anderen Familienmitglieder zusammenleben wollen, bedeuten.

Quelle: [In These Times](#), 12. Oktober 2013; [Colorlines](#), 14. Oktober 2013

## UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

### **BELGIEN / Kampagne für Zugang zu frühkindlicher Bildung für undokumentierte Migrant/inn/en**

Das flämische Bildungsministerium hat eine Informationskampagne unter dem Motto "Schau, was ich kann" eingeführt. Das Ziel dieser Kampagne ist es, die Teilnahme an der frühkindlichen Bildung zu verbessern, vor allem bei neuen Migrant/inn/en und Kindern, deren Muttersprache eine Fremdsprache ist. Eltern mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus, einschließlich undokumentierter Migrant/inn/en, sind eine besondere Zielgruppe der Kampagne. *Kleuterschool* (Vorschule) ist kein verbindliches Bildungsangebot, die Regierung ermutigt jedoch die Teilnahme von Kindern zwischen drei und sechs Jahren.

Quelle: [Kleuterparticipatie](#), September 2013

### **ZYPERN / Migrationsbehörde der Misshandlung von Migrantenfamilien beschuldigt**

Die zypriische Ombudsfrau, Eliza Savvidou, und die Kommissarin für Kinderschutz, Leda Koursoumba, haben eine Reihe von Fällen aufgedeckt, in denen die Einwanderungsbehörde Jugendliche sich selbst überlassen hat, nachdem ihre Eltern inhaftiert wurden, oder Kindern aufgrund von Anklagen wegen Scheinehen trotz Mangels an Beweisen mindestens ein Elternteil entzogen wurde. Leda Koursoumba forderte den Staat auf, eine umfassende Politik zu gewährleisten, damit Maßnahmen, bei denen Kinder betroffen sind, im Einklang mit den Kinderrechten steht.

Quelle: [Cyprus Mail](#), 10. November 2013

### **EUROPARAT / Entscheidungen bezüglich Migrantenkindern müssen immer ihre besten Interessen berücksichtigen**

Der Kommissar für Menschenrechte des Europarats, Nils Muižnieks, hat auf die Rechte der Kinder mit Migrationshintergrund hingewiesen. Er berichtete von dem harten Umgang, dem diese Gruppe ausgesetzt ist, von der traumatisierenden Erfahrung, festgehalten zu werden, um in ein Land zurückkehren, das sie manchmal nicht einmal kennen. Er schloss mit den Worten, dass es notwendig sei, die Politik in Bezug auf Migrantenkinder zu überprüfen, und dass Kinder in erster Linie Kinder seien und staatliche Stellen in Europa immer in ihrem Interesse handeln sollten.

Quelle: [Human Rights Comment](#), 19. September 2013

### **GROSSBRITANNIEN / Neue Informationsblätter von CLC: Wege zur Regularisierung**

Seit den Änderungen der Einwanderungsbestimmungen und der Einsparung der Prozesskostenbeihilfe stehen undokumentierte Kinder, Jugendliche und Familien bei der Legalisierung ihres Status vor vielen Hindernissen. Aus diesem Grund hat das Migranten-Kinder-Projekt vor kurzem Informationsblätter erstellt, um diese Personen mit allgemeinen Ratschlägen zu versorgen, wie sie sich selbst in einem Einwanderungsfall vertreten können.

Quelle: [Coram CLC](#), September 2013

### **USA / Weitere US-amerikanische Universitäten begrüßen ausdrücklich undokumentierte Studierende**

Eine Reihe US-amerikanischer Universitäten, darunter Dartmouth, Columbia, die Universität von Pennsylvania, Yale, Harvard, Princeton, Stanford, Duke, die Universität von Chicago und die Universität von Notre Dame, haben ausdrücklich erklärt, dass sie Bewerbungen von undokumentierten Studierenden begrüßen würden und dass finanzielle Unterstützung möglich wäre. Manche undokumentierte Studierende könnten jedoch zögern, sich an Universitäten zu bewerben, die keine deutliche Erklärung zu ihrer Politik abgegeben haben, da sie fürchten, ihren Status zu verraten.

Quelle: [CNN Money](#), 1. Oktober 2013

## **ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG**

### **GRIECHENLAND / Gericht verurteilt Festnahme von Kind**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilte Griechenland im Fall [Housein v Greece](#) wegen der Festnahme des 11-jährigen Ali Hussein aus Afghanistan. Das Gericht entschied, dass Griechenland sein Recht auf Freiheit verletzt habe, als dieser etwa zwei Monate lang in einer Haftanstalt für Erwachsene festgehalten wurde. Der EGMR entschied, dass die Haftbedingungen gegen die in Artikel 3 EMRK verbotene erniedrigende Behandlung sowie die in Artikel 9 EMRK geregelte Religionsfreiheit verstießen, da der muslimische Junge angeblich gezwungen wurde, zwischen dem Verzehr von Schweinefleisch oder Hunger zu wählen.

Quelle: [Asylum Information Database](#), 25. Oktober 2013; [Enet.gr](#), 24. Oktober 2013

### **NIEDERLANDE / Staatssekretär für Sicherheit und Justiz präsentiert neuen Vorschlag für Abschiebehaft**

Fred Teeven, Staatssekretär für Sicherheit und Justiz und Minister für Migration, präsentierte dem Unterhaus am 13. September seine neuen Pläne für die Migrationshaft. Die neuen Pläne folgen auf weit verbreitete Kritik über die aktuelle Schubhaftpolitik nach dem Selbstmord eines russischen Aktivisten in Haft in diesem Jahr. Trotz Fred Teevens "humanerer" Asylregelung erlaubt der neue Plan dennoch die Inhaftierung von Kindern und Familien, die das Land über den Flughafen Schiphol erreichen. Fred Teeven hat versprochen, die Inhaftierung von Familien, die die Niederlande über den Landweg erreichen, zu verbieten. Eine der wichtigsten vorgeschlagenen Änderungen wird die Reduzierung der Anzahl der Haftzellen auf weniger als die Hälfte der aktuellen Zahl sein. Die Häftlinge werden sich innerhalb der Haftanstalten freier bewegen können.

Quelle: [NOS](#), 13. September 2013; [Defence for Children](#), 14. September 2013; [NU.nl](#), 13. September; [Humanistisch Verbond](#), 17. September 2013

### **NIEDERLANDE / In Amsterdam können irreguläre Migrant/inn/en Verbrechen anzeigen, ohne eine Abschiebung befürchten zu müssen**

Trotz der anstehenden Gesetzesvorhaben, die Irregularität zu kriminalisieren, stimmte der Staatssekretär für Sicherheit und Justiz einem Pilotprojekt in Amsterdam zu, das es irregulären Migrant/inn/en ermöglichen würde, Verbrechen anzuzeigen, ohne eine Freiheitsstrafe fürchten zu müssen. Das Projekt wurde von der Stadtverwaltung von Amsterdam im Dezember 2011 beschlossen, die Umsetzung dauerte aber mehr als eineinhalb Jahre. Derzeit würden viele irreguläre Migrant/inn/en es nicht anzeigen, wenn sie Opfer von Menschenhandel, Missbrauch oder Gewalt werden, weil sie fürchten, eingesperrt und/oder deportiert zu werden.

Quelle: [Republiek Allochtonie](#) 22. August 2013; [De Volkskrant](#) 22. Dezember 2011

### **SPANIEN / Spanien kooperiert in der Rückführung undokumentierter Migrant/inn/en mit Marokko**

Der spanische Innenminister, Jorge Fernández Díaz, kündigte auf dem zweiten spanisch-marokkanischen Parlamentsforum am 23. September an, dass Spanien die Kosten der Rückführung von irregulären Migrant/inn/en, die in Marokko sind und die Grenze nach Europa überqueren wollen, übernimmt. Dieses Programm, zielt auf die Bekämpfung der irregulären Migration ab und wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführt, die dabei hilft, Migrant/inn/en wieder in ihre Herkunftsländer zu bringen. Fernández Díaz sagte, dass im Jahr 2013 3.000 undokumentierte Menschen Ceuta und Melilla erreicht haben, im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2012 eine Verdoppelung. 77 Prozent der Migrant/inn/en, die von den spanischen Behörden abgefangen wurden, wurden nach Marokko zurückgeschickt.

Quelle: [Libertad Digital](#), 23. September 2013; [Medias 24](#), 24. September 2013

### **FORSCHUNG / Neue Reihe von Arbeitspapieren über Abschiebehaft**

Das Global Detention Project hat eine Reihe neuer Artikel zur Abschiebehaft veröffentlicht. Der Artikel '[The Hidden Costs of Human Rights: The Case of Immigration Detention](#)' (Die versteckten Kosten der Menschenrechte: Der Fall der Einwanderungshaft) von Michael Flynn erklärt, wie Abschiebehaft einige grundlegende Menschenrechtsnormen beeinflusst hat, was Staaten angespornt hat, neue Institutionen zu schaffen, die sich dieser Praxis annehmen. Der Artikel '["Crimmigration" in the European Union through the Lens of Immigration Detention](#)' (Kriminalisierte Migration in der EU aus der Sicht der Abschiebehaft) von Izabella Majcher zeigt, wie die Konvergenz von Straf- und Einwanderungsgesetzen einen schädlichen Einfluss auf Migration haben kann. Der Artikel mit dem Titel '[Smoke Screens: Is There a Correlation between Migration Euphemisms and the Language of Detention?](#)' (Smoke Screens: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Migrationseuphemismen und dem Sprachgebrauch von Inhaftierung?) von Mariette Grange beleuchtet die Konsequenzen der Sprache, die dazu benutzt wird, um grenzüberschreitende Menschen zu beschreiben.

Quelle: [Global Detention Project](#), Oktober 2013

## **VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN**

### **LEITFADEN / Praktischer Leitfaden für Gemeinden zur Integrationshilfe**

Dublins lokale Behörden publizierten in Kooperation mit 'New Communities Partnership', einem unabhängigen nationalen Netzwerk von 165 Migrant/inn/engruppen '[A Practical Guide to Assisting Integration for Local Authorities](#)'. Dieser wirbt für die Integration von migrantischen Communities und ihre Einbindung in die irischen Bezirksregierungen. Der Leitfaden beschreibt mehrere Ziele, darunter eine Erhöhung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten, die Rekrutierung von Freiwilligen für die interkulturelle

Zusammenarbeit, die als Bindeglied zwischen Communities und den lokalen Behörden dienen, die Schaffung von Praktika für Migrant/inn/en innerhalb der lokalen Behörden, um Migrant/inn/en Arbeitserfahrung zu ermöglichen, und die Schaffung von lokalen Foren, die als Plattformen für die Sprecher verschiedener Migrant/inn/engruppen dienen sollen.

Quelle: [The Irish Times](#), 19. August 2013

**BERICHT / Weltmigrationsbericht 2013: Wohlbefinden und Entwicklung von Migrant/inn/en**

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) veröffentlichte am 13. September 2013 den "Weltmigrationsbericht 2013: Wohlbefinden und Entwicklung von Migrant/inn/en". Der Bericht zielt darauf ab festzustellen, ob die Migration für Migrant/inn/en zu einer Verbesserung ihrer persönlichen Situation führt, und betrachtet die positiven und negativen Auswirkungen der Migration auf das Wohlbefinden des/der Einzelnen, sowie die Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung von Volkswirtschaften. Der vollständige Bericht ist [hier](#) abrufbar.

Quelle: [IOM](#), 13. September 2013